

DIE BEDEUTUNG DIGITALER MEDIEN FÜR DIE POLITIK

von Andreas Jungherr



Foto: Süddeutsche Zeitung Foto/Fotograf: Stefan Boness/IPON

Digitale Medien in der Politik

Donald Trump, Rezo und „Die Zerstörung der CDU“, *Fridays for Future*: Die Nutzung digitaler Medien ist aus der heutigen Politik nicht wegzudenken. Sie bieten neuen Stimmen die Möglichkeit, ihre Sicht der Welt und ihre Belange darzustellen und zu verbreiten. Sie zeigen Menschen neue Wege, für sie wichtige oder sie unterhaltende Informationen und Inhalte zu entdecken. Sie bieten aber

auch die Möglichkeit, Gleichgesinnte zu finden und mit ihnen gemeinsam für ihre Belange und Interessen einzutreten. Digitale Medien verändern also unsere politische Informationsumgebungen und Handlungsmöglichkeiten zugleich.¹

.....
¹ Andreas Jungherr/Gonzalo Rivero/Daniel Gayo-Avello: *Retooling Politics: How Digital Media are Shaping Democracy*, Cambridge 2020.



Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch einer Schule in Berlin, 2014
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Aris Papadopoulos

Dabei verändern sie die Struktur, Machtverhältnisse und Spielregeln von Öffentlichkeit.² Digitale Medien sind eine Herausforderung für etablierte Institutionen und Organisationen, die bisher politische Diskurse und Wettbewerb strukturiert haben – Institutionen und Organisationen, die der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller „kritische Infrastruktur der Demokratie“ nennt.³

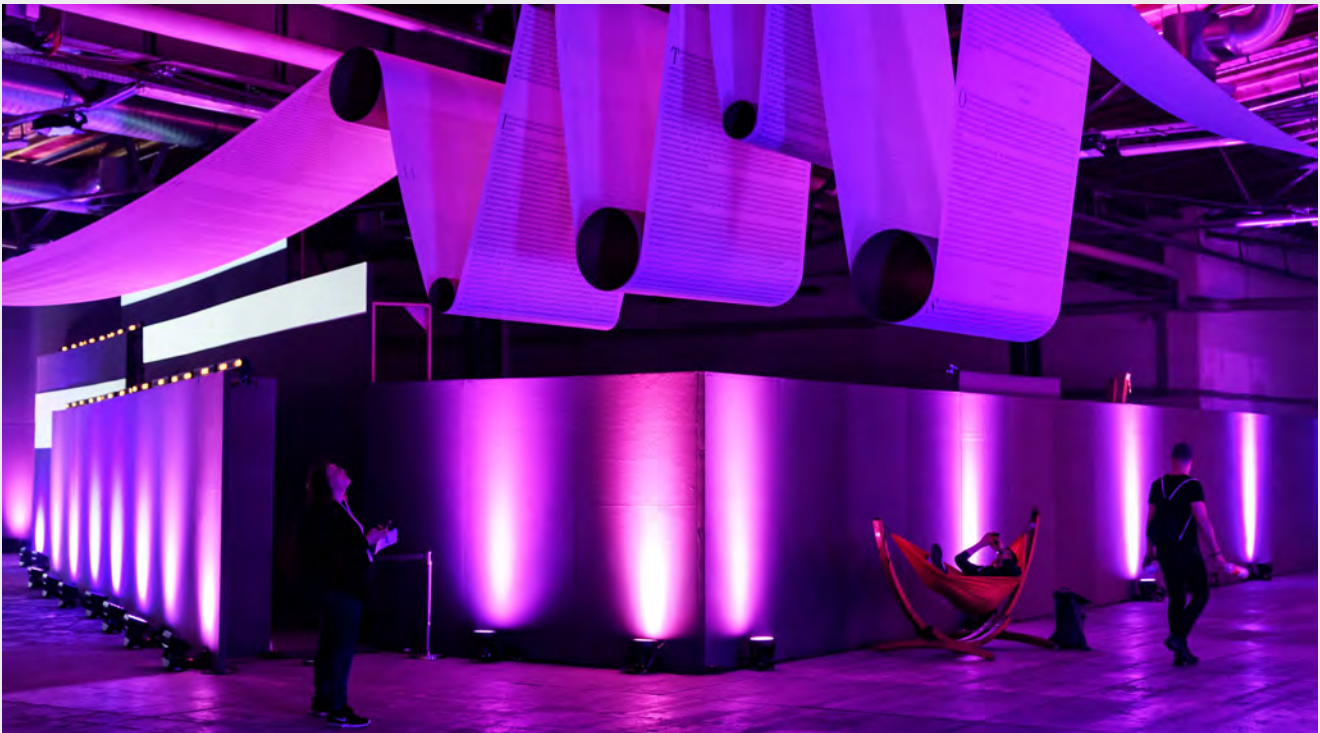
Früher waren der Journalismus und klassische Nachrichtenmedien für die Erstellung und Verbreitung politischer Informationen verantwortlich. Dabei entwickelten sich über Jahre Spielregeln des Umgangs zwischen Journalismus, Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Heute sieht sich der klassische Journalismus in seinem Informationsmonopol

durch digitale Medien herausgefordert. Dabei werden auch die bisher etablierten Spielregeln neu verhandelt.

Ähnliches gilt für politische Parteien und Organisationen. Früher lag das Monopol für politische Willensbildung, -artikulation und -durchsetzung bei Parteien und anderen Organisationen – wie zum Beispiel Verbänden oder Gewerkschaften. Heute finden politische Willensbildung und -artikulation auch sehr erfolgreich über digitale Medien statt. Man denke nur an die überaus sichtbaren und teilweise auch politisch erfolgreichen Gruppen wie *Occupy Wallstreet* oder *Fridays for Future*. Um ihre Stimme politisch hörbar zu machen, sind Menschen nicht mehr auf etablierte Organisationen und ihre Strukturen angewiesen. Dies schwächt diese und erlaubt die Herausforderung des politischen Status quo außerhalb des durch bestehende Organisationen abgesteckten politischen Raums. Abhängig von den Zielen dieser Herausforderer kann dies Demokratie bereichern oder auch gefährden.

2 Andreas Jungherr/Ralph Schroeder: *Digital Transformations of the Public Arena*, Cambridge 2021.

3 Jan-Werner Müller: *Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit: Wie schafft man Demokratie?*, Berlin 2021, S. 117 ff.



Medienmesse re:publica 2019 „tl;dr“ in Berlin
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/snapshot-photography/Fotograf: Florian Boillot

Gleichzeitig stützen sich inländische Politik und Meinungsbildung zunehmend auf eine digitale Infrastruktur, die durch Firmen in den USA entwickelt und betrieben wird – wie Facebook, Google oder Twitter. Damit sind diese Firmen wichtige Spieler im deutschen Politikbetrieb – ob sie das nun wollen oder nicht. Sie setzen Regeln und bestimmen, wer über sie Zugang zur politischen Öffentlichkeit bekommt und wer draußen bleiben muss. Das macht die Regulierung dieser Plattformen zu einer wichtigen Aufgabe der Politik.

Schon dieser kurze Abriss zeigt die Vielfalt der Rolle digitaler Medien in der heutigen Politik und die unterschiedlichen Fragen, die sie aufwerfen. Um zu verstehen, wie heute Politik gemacht wird, politische Willensbildung stattfindet und welchen Herausforderungen sich etablierte Institutionen gegenübersehen, ist die Untersuchung digitaler Medien und ihres Einflusses von großer Bedeutung.

Digitale Informationsumgebungen

Am direktesten sehen wir den politischen Einfluss digitaler Medien in unserem Umgang mit politischen Informatio-

nen.⁴ In der Vergangenheit lag das Monopol der Zusammenstellung und Bereitstellung politischer Informationen bei Nachrichtenmedien. Der politische Journalismus recherchierte politische Sachverhalte, griff Meldungen politischer Akteure und Verbände auf und kommentierte das Zeitgeschehen. Die so erstellten Beiträge wurden durch Nachrichtenorganisationen aufgearbeitet und über ihre medialen Kanäle – wie zum Beispiel Fernsehen, Radio oder Zeitungen – verbreitet. Über die Zeit entwickelte sich der politische Journalismus so zu einer demokratischen Institution mit unausgesprochenen und ausgesprochenen Regeln der politischen Berichterstattung – wie politischer Unparteilichkeit, dem Streben nach Objektivität oder der Trennung von Meinung und Bericht.

Digitale Medien haben dieses Monopol gebrochen. Sie erlauben jeder Nutzerin und jedem Nutzer, Informationen, Berichte und Meinungen zu veröffentlichen. Zwar erreicht nicht jede oder jeder von sich aus ein großes Publikum; aber digitale Medien öffnen vielen Menschen indirekte Wege dafür. Zum einen erlauben klassi-

.....
4 Jungherr/Rivero u. a. (wie Anm. 1), S. 30-102.

sche Suchmaschinen – wie Google – die gezielte Suche nach Inhalten. In den Ergebnislisten stehen die Informationsangebote von klassischen Medien neben als relevant eingestuften Beiträgen von Nutzerinnen und Nutzern. Digitale Plattformen – wie Facebook, Twitter oder YouTube – zeigen diesen personalisierte Zusammenstellungen von Informationen. Diese werden von Algorithmen ausgewählt, um ihre persönliche Interessen anzusprechen und so Auseinandersetzung mit den Inhalten auszulösen. Diese Auseinandersetzung – wie zum Beispiel Kommentare oder standardisierte Reaktionsmöglichkeiten, wie Likes – sind soziale Signale, die von Plattformen verwendet werden, um die Popularität von Informationen, Beiträgen oder Meinungen zu messen. Das erlaubt es ihnen, beim Publikum beliebte oder kontroverse Inhalte gezielt und verstärkt anzuzeigen und zu verbreiten. Gleichzeitig ermöglichen digitale Medien es Informationsanbietern auch, über Anzeigen ausgewählte Publikumsgruppen anzusprechen, die sie erreichen wollen – das sogenannte Mikrotargeting.

Gerade diese Funktion digitaler Medien steht immer wieder in der Kritik. Hier besteht Angst, dass Mikrotargeting psychologische Schwächen von Menschen ausnutzen könnte und ihre gezielte Manipulation ermöglichen würde. Allerdings geben Forschungsergebnisse, zumindest für den Bereich der politischen Kommunikation, Anlass zur Gelassenheit. Selbst die verhältnismäßig großen Datenmengen, die den US-Präsidentschaftskampagnen von Barack Obama zur Verfügung standen, erlaubten nur sehr ungenaue statistische Rückschlüsse auf an sich sehr grundlegende Eigenschaften von Menschen – wie zum Beispiel ihr Geschlecht.⁵ Dies macht die verlässliche gesellschaftsweite Identifikation von psychologischen Merkmalen über digitale Spuren sehr unwahrscheinlich.

Digitale Medien gestatten also sowohl die Veröffentlichung von politischen Informationen und Meinungen als auch deren Verbreitung. Dadurch schwächen sie die Funktion etablierter Medien als *Gatekeeper*, also als Entscheidungsinstanzen darüber, welche Informationen oder Akteure Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit bekommen. Dies kann Demokratie und Diskurs bereichern. Eine Kritik, die immer wieder gegen die etablierten Medien vorgebracht wird, ist, dass sie im Wesentlichen bestehende Machtverhältnisse in Gesellschaften bestärken und alternative oder benachteiligte Stimmen nicht

zu Wort kommen ließen.⁶ Durch die Ausübung ihrer *Gatekeeper*-Funktion würden sie so den politischen Diskurs künstlich verengen und bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse stützen, statt sie kritisch herauszufordern. In ihrer Frühphase wurden digitale Medien entsprechend als demokratische Bereicherung empfunden. Dies zeigt sich beispielsweise an der Bewertung der weitgehend progressiven politischen US-Blogger-Szene in den USA der 2000er Jahre⁷ oder an systemkritischen Stimmen in autokratischen Regimen wie Russland⁸ oder China.⁹

Jüngst rücken jedoch vermutete demokratische Gefahren in den Vordergrund. Die ungefilterte Veröffentlichung jedweder Information oder Meinung und ihre Verbreitung auf digitalen Medien öffnen potentiell die Möglichkeit zur Veröffentlichung und Verbreitung politisch tendenziöser Berichterstattung oder sogar gezielter Falschinformationen. Entsprechende Beispiele bot der US-amerikanische Wahlkampf. Hier sah man die Präsenz von zahlreichen klar politisch verorteten digitalen Medienmarken, denen es vor allem an der Unterstützung ausgewählter Kandidatinnen oder Kandidaten oder einer bestimmten Weltanschauung lag. Die prominentesten Beispiele fanden sich hierfür im republikanischen Lager – wie zum Beispiel die Nachrichten-Webseite Breitbart. Die verhältnismäßig hohe Sichtbarkeit politisch klar veorteter Medien und gezielter Falschinformationen hat in den USA nach der Wahl Donald Trumps zu sehr großer Forschungsaktivität geführt.¹⁰ Gleichzeitig erscheinen die Nutzung dieser Angebote und die Verbreitung von Falschinformationen in der Gesamtbevölkerung begrenzt und ihre Wirkung auf Wahlentscheidungen oder politische Meinungsbildung gering, da sie häufig durch bereits politisch stark „verortete“ und überzeugte Menschen genutzt oder geteilt werden.¹¹

Bei der Bewertung der Gefahren digitaler Falschinformation ist also Zurückhaltung geboten. Zwar ist es keine Frage, dass es Falschinformationen in digitalen Kommu-

5 Eitan D. Hersh: *Hacking the Electorate: How Campaigns Perceive Voters*, Cambridge 2015.

6 W. Lance Bennett: *Towards a theory of press-state relations in the US*, in: *Journal of Communication* 40 (1990), H. 2, S. 103–125.

7 David D. Perlmutter: *Blogwars: The New Political Battleground*, Oxford 2008.

8 Sarah Oates: *Revolution Stalled: The Political Limits of the Internet in the Post-Soviet Sphere*, Oxford 2013.

9 Margaret E. Roberts: *Censored: Distraction and Diversion Inside China's Great Firewall*, Princeton, NJ 2018.

10 Yochai Benkler/Robert Faris/Hal Roberts: *Network Propaganda: Manipulation, Disinformation, and Radicalization in American Politics*, Oxford 2018.

11 Andrew Guess/Jonathan Nagler/Joshua A. Tucker: *Less than you think: Prevalence and predictors of fake news dissemination on Facebook*, in: *Science Advances* 5 (2019), H. 1, S. 4586.

nikationsumgebung gibt; ihre tatsächliche Reichweite und Wirkung sind allerdings wahrscheinlich eher gering. Falschinformationen scheinen hauptsächlich dann erfolgreich, wenn sie bereits bestehenden Einstellungen von Menschen entsprechen oder diese verstärken. Ähnliches gilt, wenn sie von politischen Eliten aufgegriffen und verstärkt werden. In beiden Fällen sind digitale Medien zwar potentielle Trägermedien für Falschinformation, aber nicht ihre primäre Ursache. Falschinformationen sind damit Ausdruck grundsätzlicher gesellschaftlicher Bruch- und Streitlinien. Dementsprechend müssen Diagnosen und Interventionen an diesen Ursachen ansetzen und nicht an ihren digital sichtbaren Symptomen.¹²

Eine weitere Sorge, die mit digitalen Informationsumgebungen verbunden ist, betrifft die Zusammenstellung von Informationen, die Nutzerinnen und Nutzer erreichen. Psychologie und Medienwissenschaft gehen davon aus, dass Menschen – falls sie die Wahl haben – eher Informationen wählen, die ihren Meinungen entsprechen.¹³ Im Umgang mit klassischen Medien – wie Fernsehen oder Zeitung – ist dies ein kleines Problem. Menschen konnten in diesen Medien nur bedingt Informationen auswählen oder vermeiden, da sie dort einen vorausgewählten und begrenzten Mix an Informationen finden.¹⁴ In digitalen Informationsumgebungen ist dies anders. Hier kann jede Nutzerin und jeder Nutzer nach Herzenslust den eigenen Interessen nachgehen – schließlich ist z. B. der digitale Sportteil nie ausgelesen. Potentiell könnten sich Menschen hier ausschließlich in Informationsblasen ihres politischen Lagers bewegen, ohne der eigenen Weltansicht widersprechende oder kritische Stimmen zu hören – in sogenannten Echokammern. Allerdings zeigen empirische Studien, dass diese Angst weitgehend unbegründet ist.¹⁵ Nur die allerwenigsten Menschen bewegen sich in politischen Echokammern. Stattdessen führen digitale Medien sogar vielleicht zu einer Erweiterung an Informationsquellen und verfügbaren Standpunkten. Das muss zwar nicht immer mit größerem Verständnis für das andere politische Lager einhergehen, aber es entspricht nicht dem Bild vom Informationsverhalten und der Wirkung digitaler Medien,

12 Andreas Jungherr/Ralph Schroeder: *Disinformation and the Structural Transformations of the Public Arena: Addressing the Actual Challenges to Democracy* (2021), H. 1, S. 1–13.

13 Arne Freya Zillich: *Konsistenztheorien & Selective Exposure*, Baden-Baden 2019.

14 Markus Prior: *Post-Broadcast Democracy: How Media Choice Increases Inequality in Political Involvement and Polarizes Elections*, Cambridge 2007.

15 Andrew Guess/Brendan Nyhan/Benjamin Lyons/Jason Reifler: *Avoiding the Echo Chamber about Echo Chambers: Why selective exposure to like-minded political news is less prevalent than you think*, Miami, FL 2018.

wie von Vertretern der Echokammer-These behauptet.¹⁶

Grundsätzlich lässt sich also sagen, dass digitale Medien zur Auflösung des Informationsmonopols von klassischen Nachrichtenorganisationen geführt haben. Dies kann unter bestimmten Bedingungen zur Stärkung von Demokratie beitragen, wenn durch digitale Medien neue Stimmen und Belange sichtbar und Teil des politischen Diskurses werden. Es kann jedoch auch zu einer Schwächung von Demokratie führen, wenn die für die Ausübung demokratischer Kontrolle durch Bürgerinnen und Bürger notwendige Informationsqualität nicht mehr gegeben ist und digitale Informationsumgebungen stattdessen Raum für die gezielte Manipulation politischer Meinungsbildung bieten.¹⁷ Glücklicherweise bieten empirische Ergebnisse bisher wenig Unterstützung für diese theoretisch oder anekdotisch motivierten Ängste, auch wenn diese den öffentlichen Diskurs zurzeit bestimmen.

Politische Koordination über digitale Medien

Digitale Medien haben auch das Monopol der politischen Koordination von Parteien und anderen politischen Organisationen gebrochen.¹⁸ Früher waren Menschen auf Parteien oder andere politische Organisationen – wie Gewerkschaften oder Verbände – angewiesen, um ihre Stimmen und Anliegen in politisches Handeln zu übersetzen. Digitale Medien bieten nun Alternativen zu diesem Vorgehen. Wollten zum Beispiel Umweltaktivistinnen und -aktivisten früher Sichtbarkeit auf der Straße erlangen, dann waren sie darauf angewiesen, dass befreundete Parteien oder politische Organisationen ihre Sorgen in einen Demonstrationaufruf an ihre Mitglieder übersetzten. Heute reichen hierfür Beiträge oder Gruppen in digitalen Medien, die Gleichgesinnte zu Klimastreiks aufrufen. Politische Organisationen sind zwar weiterhin hilfreich für die politische Koordination, aber sie haben nicht mehr das unumstrittene Monopol von früher. Dies schwächt ihre Rolle in der Politik.

Aus demokratiepraktischer Perspektive hat auch diese Entwicklung sowohl positive wie negative Konsequenzen. Parteien und politischen Organisationen wird bereits seit langer Zeit vorgeworfen, tatsächliche Interessen der Gesellschaft nicht mehr abzubilden oder ideologisch

16 Jaime E. Settle: *Frenemies: How Social Media Polarizes America*, Cambridge 2018.

17 W. Lance Bennett/Steven Livingston (Hg.): *The Disinformation Age: Politics, Technology, and Disruptive Communication in the United States*, Cambridge 2021.

18 Jungherr/Rivero u. a. (wie Anm. 1), S. 132–157.



Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder beim Besuch der Neuen Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin im Juni 2021. Im Bild: Bodo Ramelow, Thüringen, Malu Dreyer, Rheinland-Pfalz, Michael Müller, Berlin, Manuela Schwesig, Mecklenburg-Vorpommern
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Florian Boillot

austauschbar zu sein.¹⁹ Digitale Medien können hier als starke Korrektive funktionieren. Bisher nicht repräsentierte Gruppen, Stimmen und Belange können sich digital an den Filterfunktionen etablierter politischer Organisationen und Bewegungen vorbei formieren und in koordiniertem Handeln sichtbar werden. Dies können mächtige Demonstrationen für die Erweiterung und politischer Teilhabe oder die Korrektur von als ungerecht empfundenen Zuständen wie Ungleichheit, Rassismus oder Sexismus sein. Beispiele hierfür sind in der jüngsten Vergangenheit #MeToo und #Aufschrei, Black Lives Matter, Fridays for Future oder Occupy Wallstreet.

Angesichts der beeindruckenden Erfolge digital koordinierter politischer Beteiligung wird schnell vergessen, dass die Aufgaben politischer Organisationen nicht nur in der Sichtbarmachung politischer Meinungen und Gruppen liegen. Aufmerksamkeit ist ein wichtiges Element politischer Arbeit. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Übersetzung von Aufmerksamkeit und partizipativer Energie in den politischen Prozess. Nur so können Meinungen und Belange in politische Initiativen und gesellschaftliche Veränderung umgewandelt werden. Hier ist die Bilanz digitaler Beteiligung weniger beeindruckend.

Häufig gelingt es entsprechend losen Allianzen noch nicht einmal, sich auf konkrete politische Forderungen zu einigen – wie im Fall von *Occupy* –, oder mit Nachdruck vortragene Belange führen nicht zu den gewünschten oder geforderten Änderungen – wie im Fall von *Fridays For Future*. Es besteht die Gefahr, dass Mitglieder der Bewegung in politischen Zynismus oder Nihilismus verfallen, wenn sie sehen, dass ihre Aktivität keine – oder nur schwache – Resonanz erfährt.²⁰ Hier sind traditionelle politische Organisationen weiterhin ein wichtiges Bindeglied zwischen Öffentlichkeit und Politik. Allerdings müssen sie lernen, die digital koordinierten Formen von Politik und Protest besser aufzunehmen und zu kanalisieren. Anstelle einer Politik ohne Organisationen erleben wir also wahrscheinlich eher eine Politik mit anderen Organisationen.²¹

Gleichzeitig muss nicht jede Herausforderung des politischen Status quo zu einer Stärkung von Demokratie oder Teilhabe führen. Digital unterstützte Herausforderungen können eben auch zur Herausforderung des demokratischen Systems an sich werden. Ziel ist hier nicht die Erweiterung von Repräsentation und Teilhabe, sondern vielmehr deren Verengung auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen.

.....
19 Peter Mair: *Ruling The Void: The Hollowing Of Western Democracy*, New York 2013; Armin Schäfer/Michael Zürn: *Die demokratische Regression*, Berlin 2021.

.....
20 Martin Gurri: *The Revolt of the Public and the Crisis of Authority in the New Millennium*, San Francisco, 2018.
21 Jungherr/Rivero u. a. (wie Anm. 1), S. 158-178.



Zehn Jahre „Occupy-Wallstreet“-Bewegung: Schilder im Zuccoti-Park in New York, 17. September 2021
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Fotograf: Milo Hess

Besonders in Zeiten des digital verstärkten Rechtspopulismus und -extremismus stehen diese Gefahren digitaler Mobilisierung und Koordination im Vordergrund der Debatte. Plötzlich beschleicht Kommentatorinnen und Kommentatoren die Nostalgie nach der Zeit, in der mächtige *Gatekeeper* problematische Stimmen aus dem öffentlichen Diskurs heraus gehalten haben und extreme Positionen in den Flügeln politischer Parteien zwar artikuliert, aber von der restlichen Organisation ausgeglichen und an der Realisierung ihrer Ziele gehindert wurden. Dabei wird jedoch übersehen, dass die nächste liberale oder progressive Herausforderung des Status quo auf dieselben digitalen Medien angewiesen ist, die zurzeit überwiegend als demokratische Gefahr wahrgenommen werden. Entsprechend sollte man mit Bestrebungen, digitale Herausforderungen des Status quo wegzumoderieren oder gar ganz zu verhindern, vorsichtig sein und den problematischen Herausforderungen stattdessen politisch begegnen.²²

22 Andreas Jungherr/Ralph Schroeder/Sebastian Stier: *Digital Media and the Surge of Political Outsiders: Explaining the Success of Political Challengers in the United States, Germany, and China*, in: *Social Media + Society* 5 (2019), H. 3, S. 1–12.

Eine weitere Konsequenz digitaler Medien für die politische Arbeit ist, dass sie Eliten stärker an ihre Unterstützerinnen und Unterstützer binden. Durch digitale Medien geraten Menschen mit politischen Eliten mehr und direkter in Kontakt. Sie können ihnen auf unterschiedlichen Plattformen folgen und bleiben dadurch stetig über ihre Positionen und ihr Handeln informiert. Sie können aber Eliten auch direkt auf Plattformen kontaktieren, entweder mit Fragen oder Kritik. Damit können das Gefühl, jedoch ebenso die Erwartung größerer Nähe und Responsivität verbunden sein. Gleichzeitig blicken Eliten auf digitale Medien, um Stimmungslagen in der Bevölkerung und unter ihren Mitgliedern zu erschließen. Der an der Universität Oxford lehrende Soziologe Ralph Schroeder spricht hierbei von *mutual tethering* – also einer gegenseitigen Bindung von Eliten und Bevölkerung.²³ Ein Nebeneffekt dieser gegenseitigen Sichtbarmachung und Bindung ist, dass nun auch Unterstützerinnen und Unterstützer politischer Organisationen füreinander sichtbarer werden. Blickten sie in der Vergangenheit auf Eliten, um die Positionen und Handlungsoptionen ihrer

23 Jungherr/Schroeder (wie Anm. 2).

Organisation zu erfahren, können sie heute Stimmungslage und Belange direkt voneinander erhalten. War dies früher nur in relativ beschränktem Maße möglich – wie zum Beispiel bei regelmäßigen Treffen in Ortsverbänden von Parteien oder Organisationen –, erlauben digitale Medien eine viel breitere gegenseitige Wahrnehmung von Unterstützerinnen und Unterstützern. Damit werden politischen Eliten Freiheitsgrade in der Artikulation von Positionen und Handlungsoptionen genommen, da sich Mitglieder von Organisationen jederzeit selbst digitale Meinungsbilder über digitale Medien machen können. Geschickt genutzt, kann dies zu einer höheren Responsivität in der Führung politischer Organisationen führen. Gleichzeitig bedingt dies jedoch auch einen Wechsel in der Diskurs- und Führungskultur politischer Organisationen. Scheitert dieser, kann dies zu einer Abwendung der Mitglieder von ihren Organisationseliten oder gar dem Auseinanderbrechen von Organisationen führen.

Welche Rolle spielen Plattformen und ihre Betreiber in der Politik?

Die Popularität digitaler Medien hat auch zu einer Stärkung des Einflusses von Firmen geführt, die digitale Angebote entwickeln und betreiben. Hier dominieren Unternehmen mit sogenannten Plattform-Geschäftsmodellen – wie Facebook, Google, Twitter oder YouTube.²⁴ Plattformen bieten digitale Infrastrukturen, die andere Anbieter und Nachfrager zusammenbringen, um Güter und Dienstleistungen austauschen können. Dabei geben Plattformbetreiber die Regeln für diesen Austausch vor, achten auf ihre Einhaltung und definieren, was als Verstoß zu werten ist.²⁵ Auch wenn keine dieser Plattformen mit dem Ziel angetreten ist, sich in eine Bühne für politischen Diskurs und Wettbewerb zu entwickeln, sind viele von ihnen dazu geworden. Dementsprechend müssen sie ihrer daraus entstehenden Verantwortung nachkommen. Dies wirft nun unterschiedliche Fragen auf, denen sich Plattformen im Umgang mit Öffentlichkeit und Regulatoren stellen müssen.²⁶

Grundlegend stellt sich zunächst die Frage nach der Vielfalt von Informationen, die Nutzerinnen und Nutzern

24 Patrick Barwise/Leo Watkins: *The Evolution of Digital Dominance: How and Why We Got to GAFA*, in: Martin Moore/Damian Tambini (Hg.): *Digital Dominance: The Power of Google, Amazon, Facebook, and Apple*, Oxford 2018.

25 Geoffrey G. Parker/Marshall W. Van Alstyne/Sangeet Paul Choudary: *Platform Revolution: How Networked Markets Are Transforming the Economy and How to Make Them Work for You*, New York 2016, S. 5.

26 Jungherr/Schroeder (wie Anm. 2).

grundsätzlich auf digitalen Plattformen zur Verfügung steht. Damit verbunden, aber schon schwieriger regulativ zu erzwingen ist die Frage, welche Informationen die Nutzerinnen und Nutzer dann tatsächlich auf digitalen Plattformen zur Kenntnis nehmen.

Neben der Vielfalt stellt sich jedoch auch die Frage nach der Qualität verfügbarer politischer Informationen. Dabei kann schon der Begriff Qualität unterschiedlich gedeutet werden. Einerseits kann sich dies streng auf die Faktizität von Informationen beziehen. Hier ginge es um die Bewertung, ob diese korrekt oder falsch sind. Allerdings ließe sich die Frage nach ihrer Qualität auch darauf beziehen, ob sie unparteiisch und objektiv sind oder tendenziell aus einer bestimmten politischen Richtung kommen. Hier zeigt sich schon, dass beide Interpretationen schwierige Abwägungen erfordern. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit diese Abwägung transparent und öffentlich akzeptiert von Digital-Unternehmen leistbar ist – nicht zuletzt deshalb, da der Sitz dieser Firmen und ihr politisch-kultureller Hintergrund klar in den USA verortet sind, ihnen jedoch gegebenenfalls die Regulierung politischer Diskurse in den unterschiedlichsten Gesellschaften abverlangt wird.

Neben Fragen zur Qualität der von ihnen bereitgestellten Informationen müssen sich Plattformen zurzeit auch Kontroversen über die Tonalität von Diskursen stellen. Digitale Kommunikationsumgebungen leiden häufig unter der Schärfe und Aggressivität der vorgetragenen Meinungen und Reaktionen. Dies kann sich auf politische und journalistische Eliten beziehen, trifft aber auch häufig andere Nutzerinnen und Nutzer. Derartige Angriffe können dazu führen, dass sich Menschen bewusst nicht an politischen Diskussionen in digitalen Räumen beteiligen oder sich nach heftigen Attacken daraus wieder zurückziehen. Dies kann wichtige politische Stimmen oder Gruppen verstummen lassen, nicht zuletzt, da die Angriffe sich verstärkt gegen Frauen richten.²⁷ Plattformen müssen dies ernst nehmen, betroffene Nutzerinnen und Nutzer besser schützen und ihnen ein effektiveres Vorgehen gegen solche Tätlichkeiten ermöglichen.

Ein letzter wichtiger Punkt ist, ob wirtschaftlich ausgerichtete Firmen grundsätzlich als Ort für politische Diskurse taugen. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf der Analyse von Nutzerdaten und der Anpassung von Inhalten und Werbung auf der Basis dieses Verhaltens beruht. Die Skepsis gegenüber

27 Sarah Sobieraj: *Credible Threat: Attacks Against Women Online and the Future of Democracy*, Oxford 2020.



Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, aufgenommen im Rahmen der Digitalkonferenz zum Safer Internet Day 2021 in Berlin, Februar 2021
Foto: picture alliance/photothek/Fotograf: Janine Schmitz

datenbasierten Geschäftsmodellen liegt in der Erwartung, dass diese grundsätzlich manipulativ seien. Zusätzlich zeigten kommerzielle Plattformen Menschen nicht mehr die demokratisch nötigen, sondern die emotional stimulierendsten Informationen an. Dies führe zu einem Zusammenbruch des politischen Diskurses. Häufig versteckt sich allerdings hinter der Kritik an Plattformen und datenbasierten Geschäftsmodellen klassischer Antikapitalismus, der hier nur ein neues Ziel gefunden zu haben scheint. Übertriebene Ängste bergen die Gefahr, Potentiale digitaler Medien für die Politik zu verschenken – nicht zuletzt, da über digitale Plattformen das echte Potential besteht, Menschen zu erreichen, die sich ansonsten aus dem politischen Diskurs oder von politischen Nachrichtenmedien zurückgezogen haben. Diese Erreichbarkeit hängt aber genau an den datenbasierten Verfahren, die häufig grundsätzlich kritisiert werden. Die Einschätzung ist also nicht ganz so einfach, wie oft sehr meinungsstarke Beiträge in der öffentlichen Diskussion vermuten lassen.

Was ist zu tun?

Die neue Rolle digitaler Medien in der Politik bringt eine Reihe von Herausforderungen und Aufgaben für Politik, Gesellschaft und Unternehmen mit sich. Dies erklärt die

Hefigkeit der aktuellen Debatte. Allerdings ist diese von Zerrbildern des Einflusses digitaler Medien auf die Politik bestimmt. Man erkennt das an der Prominenz von Konzepten und Vorstellungen, deren tatsächlicher Einfluss durch die empirische Forschung stark in Zweifel gezogen wird. Beispiele hierfür sind Echokammern, Filterblasen, die vermeintliche Reichweite und Wirkung von Falschinformationen in digitalen Kommunikationsumgebungen oder die immer wieder aufkommende Angst vor automatisierten Nutzeraccounts – sogenannten Bots. Diese negative Sicht auf die politische Rolle digitaler Medien gewann nach dem Erfolg Donald Trumps in der US-Präsidentenwahl 2016 und dem vermuteten Einfluss digitaler Medien hierbei an Einfluss. Dieser *Backlash* gegen digitale Technik – der sogenannte *Teclash*²⁸ – hat dazu geführt, dass die öffentliche Debatte kritischer gegenüber digitaler Technik geworden ist als in den späten 1990er und 2000er Jahren. Dies ist hilfreich, um regulative Aufmerksamkeit der Politik gegenüber entsprechenden Firmen zu wecken. Allerdings ist die aktuelle Debatte stark von oft empirisch nicht begründeten Ängsten geprägt, so

.....
28 Christian Pieter Hoffmann: *Teclash: Digitale Plattformen zwischen Utopie und Dystopie*, in: Stephan Russ-Mohl (Hg.): *Streitlust und Streitkunst: Diskurs als Essenz der Demokratie*, Köln 2020.

dass eine Überreaktion droht, Regulierungsversuche von falschen Bedingungen und Effekten ausgehen und damit auch nicht die gewünschten Effekte erzeugen.

Zuerst ist es wichtig, dass die Debatte zur Rolle digitaler Medien in der Politik stärker empirisch verankert wird. Wie bereits gezeigt, sind in der öffentlichen und der regulativen Diskussion stark verbreitete Ängste vor Echokammern, Filterblasen oder digitalen Falschinformationen weitgehend empirisch unbegründet. Die empirische Realität muss stärker in diesen Auseinandersetzungen reflektiert werden als die weitgehend theoretisch oder anekdotisch begründeten Ängste. Ansonsten besteht die Gefahr, Potentiale digitaler Medien in der Politik zu verschenken. Schlimmstenfalls können übertriebene regulative Eingriffe den demokratischen Diskurs stärker beschädigen, als dies vermeintliche digitale Gefahren tatsächlich tun.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass die Betreiber digitaler Plattformen durch die Bedeutung der von ihnen bereitgestellten digitalen Infrastrukturen eine gesellschaftliche Verantwortung haben. Dieser Verantwortung beginnen sie stärker nachzukommen als vor dem *Techlash*. Dennoch bleibt hier noch einiges zu tun. Aber statt nach immer stärkeren staatlichen und durch die Firmen selbst initiierten regulativen Eingriffen in politische Diskussionen und Diskurse zu rufen, gilt es hier, in einem ersten Schritt größere Transparenz herzustellen und einzufordern. Bis heute bleiben digitale Plattformen weitgehend intransparente *Black-Boxes*, die nur ungenügend durch Wissenschaft, Journalismus oder Politik einsehbar sind. Dadurch bleibt ein Großteil der Debatte über die Form und den Einfluss digitaler Medien auf die politische Meinungsbildung spekulativ. Dies gilt es von Seiten der Plattformen zu beheben, wenn sie wollen, dass sie nicht auf der Grundlage von öffentlichen Zerrbildern reguliert werden. Sie müssen sich selbst und das, was auf ihnen geschieht, also deutlich gegenüber Öffentlichkeit, Regulatoren und Wissenschaft öffnen.

Neben der Rolle von Plattformen müssen, auch die Eigenverantwortung, Motive und Kompetenzen von

Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Diskurs stärker berücksichtigt werden. Die aktuelle Debatte betont den vermuteten Einfluss von digitaler Technik auf das Nutzungsverhalten. Dabei schleicht sich häufig ein impliziter Technikdeterminismus in die Argumentation ein. Technik bestimmt dabei vollkommen das Handeln von Menschen, denen wenig Wahlmöglichkeiten gegeben werden. Tatsächlich zeigt die Medienwissenschaft jedoch seit langer Zeit, dass Nutzungskompetenzen und -motive von Menschen immer mit der Medientechnik der jeweiligen Zeit interagieren. Wenn man also über den vermuteten negativen Einfluss von digitalen Medien auf Politik und Demokratie spricht, gilt es hier sehr viel stärker als bisher, die zugrunde liegenden Motive und Kompetenzen von Nutzerinnen und Nutzern zu berücksichtigen. Damit werden digitale Medien weniger zur Ursache politischer Konflikte als zu Bühne und Ort des Ausdrucks für bereits bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien. Entsprechend müssen, die Medien- und Politikkompetenz der Bevölkerung erhöht werden.

Digitale Medien spielen also eine zentrale Rolle in der Politik. Gesellschaft und Politik haben bis jetzt noch nicht gelernt, wie sie mit den damit verbundenen Veränderungen umgehen sollen oder wie genau diese Rolle zu verstehen ist. Die entsprechenden Debatten sind stark von Ängsten geprägt, die nur schwach empirisch belegt sind. Dies macht den aktuellen Moment gefährlich. Die Rolle digitaler Medien in der Politik ist bisher nur begrenzt verstanden, ruft aber dennoch das starke Gefühl hervor, regulativ eingreifen zu müssen. Diese Debatte muss dringend stärker empirisch unterlegt werden. Digitale Medien bringen das Potential mit sich, die Schwächen bestehender demokratischer Institutionen und Praktiken aufzuzeigen und zu ihrer Stärkung beizutragen. Dies ist in einer Zeit steigender Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen von großer Bedeutung. Letztlich geht es darum, die Potentiale digitaler Medien für die Demokratie zu realisieren und nicht aus Angst vor eingebildeten Gefahren Chancen verschenken. ▀